

## Reformstau

Es gibt in der öffentlichen Diskussion einen breiten Konsens, dass es so etwas wie einen Reformstau in unserer Gesellschaft gäbe. Nun gibt es hierzu allerdings die interessante Frage, was denn eigentlich die Ursache für das Aufkommen eines derartigen Reformstaus ist. Wieso sollen die Regeln des Zusammenlebens, die bislang gut funktioniert haben und in der Vergangenheit sogar zu ‚goldenen Jahren‘ geführt hatten, heute alle nicht mehr stimmen und durch Neues ersetzt werden?

Die Antwort besteht darin, dass die Dinge eben nicht gleich geblieben sind, sondern sich im Laufe der Zeit verschlechtert haben. ... Regeln für Arbeitslose, wie sie durch Hartz IV beschrieben werden, wurden deshalb notwendig, weil zu viele Betroffene es sich im sozialen Netz bequem gemacht hatten. Mit Arbeitslosenhilfe und oftmals auch Schwarzarbeit gab es keinen Anreiz, sich um Arbeit zu bemühen, wenn diese auch nur etwas schlechter entlohnt war, als der gut dotierte Arbeitsplatz, den der Betroffene vor seiner Arbeitslosigkeit hatte.

In unserer Bevölkerungsentwicklung haben ebenfalls zu viele Menschen aus finanziellen und / oder Selbstverwirklichungsgründen sich gegen das Kinderkriegen entschieden. Somit werden Reformen erforderlich, um dieser Entwicklung Rechnung zu zollen. Der wachsende Anteil der Alten in der Bevölkerung kann mit den bisherigen Spielegeln nicht mehr finanziert werden.

Diese Beispiele sind sicherlich Gegenstand einer eigenen, umfängliche Diskussion. Sie sollten hier aber nur veranschaulichen, dass

1. sich Menschen einem System anpassen und diejenigen Vorteile daraus ziehen, die das System ausnutzen, was dazu führen kann, dass dieses System schließlich aufgrund dieser Entwicklungen geändert werden muss.
2. sich die Verhältnisse in der Gesellschaft im Regelfall derart ändern, dass die Spielregeln innerhalb der Gesellschaft in größeren Zeitabständen den Veränderungen angepasst werden müssen.

Es ist eine unübersehbare Tatsache, dass die politischen Parteien in Deutschland eine zunehmende Ablehnung in der Öffentlichkeit erfahren. Ein Indikator ist die Staatsverdrossenheit, die bei genauerem Nachdenken über die Ursachen doch wohl eher als Parteienverdrossenheit bezeichnet werden sollte. Ein anderer Indikator ist die schwindende Bindung der Wähler zu ihren bevorzugten Parteien. Die in den vergangenen Jahren immer deutlichere Unzuverlässigkeit von Wählerumfragen einige Monate vor der Wahl und dem dann folgenden Wahlergebnis zeigt, dass viele Wähler heute sehr kurzfristig ihre Präfe-

renzen ändern, je nach dem Bild, welches die Parteien in der Tagesnachricht geben.

Bei der Bundestagswahl 2005 gelang der CDU das Kunststück, innerhalb weniger Wochen von Umfragewerten bis zum Wahlergebnis über 10 Prozentpunkte zu verlieren. Das Bild der leicht flüchtigen Wählermassen liefert hierfür allerdings nur eine Teilerklärung. Die CDU hatte auch einen Wahlkampf mit einem regelrechten Wählervertreibungsprogramm geführt.

Hierzu gehört, dass die Verkündigung, vor der Wahl dem Wähler die Wahrheit zu sagen, nur wenig Akzeptanz fand. Die Wähler griffen auf Ihre vorhandenen Erfahrungsmuster zurück und gingen davon aus, dass es nach der Wahl auch bei der CDU wieder viel schlimmer kommt als vorher versprochen. Somit wurden die angekündigten Grausamkeiten nur als der Vorspann zu einer weiteren Folge unabsehbarer Steuererhöhungen interpretiert. Die Ehrlichkeit der CDU wurde somit vom Wähler geradezu als arrogant wahrgenommen; als würde sie vor der Wahl so tun, als wenn sie die Wahl schon gewonnen hätte. Mit anderen Worten, die Wähler sind es gewöhnt, nach der Wahl düpiert zu werden, aber die CDU hatte sich erlaubt, dies bereits vorher zu tun.

Ein Blick auf die konkreten Ankündigungen zeigt, dass hier aber auch speziell die CDU-Wählerklientel geschlagen wurde:

1. junge Familien, die sich ein Eigenheim im Grünen gebaut haben und dann kurz vor der Wahl hören, daß der oder die Ernährer ihre Heimfahrt von der Arbeit demnächst aus dem versteuerten Einkommen bezahlen sollen  
(womit der Lebensmittelpunkt offenbar in eine Hängematte in der Fabrik verlegt wird und die Heimfahrt ein luxuriöses Freizeitvergnügen ist - da müsste man doch eigentlich Vergnügungssteuer für erheben - ach, haben wir ja schon, hat aber den schöneren Namen Öko- Steuer. Es ist halt ökologischer, wenn der Papa die Woche über im Junggesellenheim neben der Fabrik pennt - oder noch ökologischer, wenn er überhaupt nicht mehr zur Arbeit fährt.)
2. Nachtarbeiter, denen die Steuerermässigung für die Nachtarbeit gestrichen werden soll und die sich das dann von ihren Arbeitgebern zurückstreiken sollen - können die in der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage ja mal probieren....
3. Kinder von Klein- und Mittelverdienern, die studieren möchten. Ein Satz dazu von einem 19 jährigen vom Montag nach der Wahl: "wenn ich jetzt anfangen zu studieren und muss 500 € pro Semester zahlen, dann kostet mich die CDU in

den nächsten 4 Jahren 4000 € So viel Mist können die Linken gar nicht bauen, daß mir das teurer kommt" ....

Speziell der letzte Satz ist nachvollziehbar und zeigt, dass die Mehrheit und auch die jungen Leute nicht ‚unheilbar‘ links sein mussten, um bei der letzten Wahl ihr Kreuzchen nicht bei der CDU zu machen. – Die CDU hatte es dann auch noch vermieden, der linken Klientel über Hartz 4 hinaus gehende Unannehmlichkeiten anzudrohen - obwohl uns das keine Stimmen gekostet hätte.

Dieser falsche Wahlkampf, aber auch die Frage, wie es zu diesem falschen Wahlkampf kommen konnte, sollte nicht einfach nur mit einem Achselzucken und dem Warten – worauf denn eigentlich? - beantwortet werden. Wenn es hier grundsätzlicher Änderungen bedürfen sollte, dann ist jetzt sicherlich die richtige Zeit zur Diskussion. In Wahlzeiten wohl kaum und jetzt haben wir – so oder so – den maximalen Zeitabstand zur nächsten Bundestagswahl.

Oben wurde der allgemein anerkannte Reformstau genannt, erkennbar an den wachsenden Problemen in unserem Land. Es wäre merkwürdig, wenn das für alle Bereiche in der Gesellschaft zutreffend sein sollte, aber die Parteien davon ausgenommen bleiben.

Viele Wähler sind jedenfalls unzufrieden. Die politische Klasse und ihr Verhalten scheint sich vom Volk immer weiter entfernt zu haben; erkennbar an einer Selbstbedienungsmentalität bei Diäten, ‚Nebeneinnahmen‘ und wachsendem Lobbyisteneinfluss in der Hauptstadt. Eine Entfernung vom Volk heißt aber nichts anderes, als das die Parteien undemokratischer werden (zur Erinnerung: Demokratie = Volksherrschaft). Es stellt sich somit die Frage, ob eine derartige wachsende Distanz der Parteien zum Volk aus einer Art Naturgesetz folgt und die Parteien dann im demokratischen Wettbewerb abgelöst werden müssen. Die Zeit in der Opposition scheint jedenfalls nicht mehr wirksam zu sein, um die Parteien wieder ‚volksnäher‘ zu machen.

Es ist allerdings auch sehr fragwürdig, ob die Lösung in der Gründung von neuen Parteien liegen könnte. Zwar haben die Grünen gezeigt, dass sich eine neue Partei in unserem Wahlsystem durchaus etablieren kann, aber gerade die Entwicklung in dieser Partei hat doch gezeigt, dass die Versuche, mehr Demokratie durch Rotation der Mandatsträger zu erreichen, sehr schnell eingestellt wurden und auch diese Partei und ihre Politstars sich heute eng an die Spielregeln der ‚Etablierten‘ hält.

Wo könnten erfolgreiche Lösungsansätze liegen?

Ein Mangel an Volksnähe müsste, wenn nicht nur das Rezept von Alleinherrschern mit ‚Brot und Spiele‘ angewendet werden soll, in einem Weg liegen, bei dem mehr Demokratie auch innerhalb der Parteien realisiert wird.

Es ist eine merkwürdige Erscheinung, dass Journalisten heute bereits unheilvoll von einer ‚Kampfkandidatur‘ sprechen, wenn sich in den Parteien ab und zu mal zwei Kandidaten um das selbe Amt bewerben. ‚Schlimmerweise‘ müssen die Wahlberechtigten dann wirklich das tun, was als ‚wählen‘ bezeichnet wird. Viel häufiger ist es hingegen, dass den ‚Wählern‘ gerade in den Parteien eine vorbereitete Kandidatenliste zum abnicken präsentiert wird.

Was würde eigentlich passieren, wenn das innerparteiliche ‚wählen‘ von der Ausnahme zum Regelfall würde, d.h. wenn es allgemein begrüßt und die Mitglieder ermuntert würden, dass es jeweils mehr als einen Kandidaten für jedes Amt gäbe?

Sicher hätte dies auch Nachteile – möglicherweise würde noch ausgeprägter als heute deutlich, dass ein 51% Block die 49% Gegengruppe bei jeder Wahl schlagen kann. Es wäre sicher auch eine Zunahme von Aktivisten kurz vor den Wahlen erkennbar, die dann nach gescheiterter Wahl genau so schnell verschwinden, wie sie aufgetaucht sind.

Die Vorteile sind aber ebenfalls nicht zu verachten:

- Mehr Engagierte, die einen Griff zu einer Funktion wagen wollen, ohne warten zu müssen, bis sie gefragt werden, bzw. berufen werden.
- Mehr Turbulenzen bei den Personen, die Funktionen haben und deshalb auch mehr Widersprüche gegen höhere Ebenen (der Einzige, der Frau Merkel widersprochen hatte, war F. Merz und der hatte vor ein paar Jahren eine Blitzkarriere gemacht).
- Mehr Funktionsträger, die sich nicht hochdienen mussten, sondern die aufgrund ihres Auftretens und ihrer Taten von der Basis gewählt wurden. Damit wieder mehr Politiker, die auch einen anderen Beruf aus dem wirklichen Leben gelernt haben.
- Ein Prof. Kirchhoff wäre vielleicht verstanden worden, wenn er Gelegenheit gehabt hätte, mit richtigen Thesen in kurzer Zeit über die Partei aufzusteigen – oder falsche Thesen wären in dieser Zeit auch durchschaut worden. (Wieso müssen Quereinsteiger ‚berufen‘ werden?)
- Hoffnung auf mehr Volksnähe

Sicher darf sich die Frage nach grundsätzlichen innerparteilichen Reformen nicht auf die Forderung nach echten Wahlmöglichkeiten bei Wahlen reduzieren. Es wäre gut, wenn weitere Vorschläge kämen, wie es gelingen kann, durch eigenen Taten der Parteienverdrossenheit und damit der Lage in unserem Lande zu begegnen. Dieser Artikel versucht, zu einer derartigen Diskussion beizutragen.